



Hauptstadtbrief

von Klaus-Peter Willsch MdB

Nr. 120

Nachrichten und Notizen

11.04.2014

aus Berlin und dem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die vergangene Woche stand ganz im Zeichen des ersten Haushaltsentwurfs der neuen Koalition von CDU/CSU und SPD. Die wichtigste Botschaft war: Wir schaffen die Abkehr von der Politik der Schuldenfinanzierung, wie sie in den letzten vier Jahrzehnten betrieben wurde. Nach dem strukturellen Haushaltsausgleich in diesem Jahr wollen wir ab 2015 sogar ganz ohne neue Schulden auskommen. Das gab es zuletzt 1969.

Es wird also eine unionsgeführte Regierung und Koalition sein, die 2014 den strukturellen Haushaltsausgleich schaffen wird. Wenn wir uns nicht zu neuen Ausgaben verführen lassen, dürfte am Ende des Jahres die langersehnte „schwarze Null“ stehen. Die heißt nicht nur so, weil ein kleiner Überschuss möglich ist. „Schwarz“ ist dieser Erfolg auch deshalb, weil er ohne die Regierungsbeteiligung der Union nicht denkbar gewesen wäre. Wir sind es, die in der dritten Wahlperiode in Folge unbeirrt den Kurs einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik durchgesetzt haben. Besser als durch einen stetig gesundenden Haushalt kann man das nicht unter Beweis stellen.

Bundeshaushalt 2014

Die Ausgaben des Bundes sollen in diesem Jahr 298,5 Milliarden Euro betragen. Gegenüber dem Vorjahr sinken (!) sie also um 11,5 Milliarden Euro bzw. 3,7 Prozent. Die „prioritären Maßnahmen“ des Koalitionsvertrages, mit deren Umsetzung im laufenden Haushaltsjahr begonnen werden soll, sind dabei bereits berücksichtigt, blähen den Haushalt also nicht auf. Und wir investieren: Durch Umschichtungen können wir die Städtebauförderung bei einem Programmvolumen von 700 Millionen Euro verstetigen, zusätzliche Ausgaben für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur von rund 500 Millionen Euro aufbringen sowie eine erste Tranche von 200 Millionen Euro für die vereinbarte zusätzliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Aid, ODA) auflegen.

Die Nettoneuverschuldung sinkt um 15,6 auf 6,5 Milliarden Euro. Dies ist der niedrigste Stand seit 40 Jahren. In dieser Summe ist noch die letzte Rate der Kapitaleinzahlung an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von 4,3 Milliarden Euro enthalten. Das ist für mich ein großer Wermutstropfen. Denn Deutschland ist zwar das einzige Land dessen Schuldenstand gemessen am BIP sinkt, aber das weckt leider auch Begehrlichkeiten bei anderen Staaten. Der

Schlendrian kehrt wieder ein. Versprochene Reformen und Sparprogramme entlarven sich als reine Prosa. So hat Frankreich erst vor ein paar Tagen angekündigt, seine dem Land auferlegten Ziele aus dem Defizitverfahren wieder brechen zu wollen. Italien plant ebenfalls neue Ausgabenprogramme.

Deutschland haftet mittlerweile auf Basis ausgezahlter Hilfgelder für 374 Milliarden Euro für andere Staaten. Das ifo-Institut aktualisiert die Daten regelmäßig. Hier der Link dazu: <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/policy/Haftungspegel.html>

Das Thema Euro-Krise möchte ich an dieser Stelle nicht vertiefen, sondern detaillierter auf die Haushalte der einzelnen Ministerien, die sogenannten „Einzelpläne“, eingehen.

Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Für diesen Einzelplan sind insgesamt 3,65 Milliarden Euro veranschlagt. Aufgrund der umfassenden und komplexen Neustrukturierungen ist der Vorjahresvergleich nicht aussagekräftig. Ein Eckpfeiler ist die Erhöhung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ als „prioritäre Maßnahme“ gemäß Koalitionsvertrag. Zu den vielzähligen Neuerungen zählt das zu errichtende Bundesamt für kerntechnische Entsorgung.

Bildung und Forschung: Mit knapp 14 Milliarden Euro Ausgabenniveau gibt es seit Regierungsübernahme durch unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel das neunte Mal in Folge einen Anstieg der Ausgaben in diesem zentralen Zukunftsressort. Insgesamt sind die Ausgaben seit 2005 um 84,3 Prozent gestiegen – ein unübersehbarer Beleg für unsere Schwerpunktsetzung. Mit allein 1,8 Milliarden Euro für den Hochschulpakt unterstützt der Bund die Länder bei der Schaffung

zusätzlicher Studienplätze. Für die Verbesserung von Studienbedingungen und Qualität der Lehre werden wieder 200 Millionen Euro investiert. Steigende Mittel für BAföG, Begabtenförderung und Deutschlandstipendium erleichtern die Finanzierung des Studiums. Das Bildungswesen zur Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher wird ebenso gestärkt wie die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Gesundheit: Die Ausgaben von gut 11 Milliarden Euro fallen um 0,9 Milliarden Euro bzw. 7,8 Prozent geringer aus als 2013. Der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben beläuft sich auf 10,5 Milliarden Euro. Seine Absenkung kann durch eine entsprechende Entnahme von Finanzmitteln aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds vollständig ausgeglichen werden.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Für 2014 stehen zusätzlich 200 Millionen Euro für ODA-relevante Ausgaben zur Verfügung, wovon 160 Millionen Euro auf den Einzelplan des Ministeriums (BMZ) entfallen. Die BMZ-Ausgaben steigen damit auf über 6,4 Milliarden Euro. Gemäß Koalitionsvertrag stehen in dieser Legislaturperiode insgesamt 2 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung, um Deutschland weiter auf einem Finanzierungspfad zum „0,7-Prozent-Ziel“ (ODA-Quote) zu führen.

Bundeskanzleramt: Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes vermindert sich gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent auf 1,99 Millionen Euro.

Auswärtiges Amt: Mit 3,63 Milliarden Euro liegt der Entwurf 2014 auf dem Niveau der Ist-Ausgaben des vergangenen

Jahres, die durch Mittel für Syrien höher ausgefallen sind als geplant. Der Aufwuchs fließt vor allem in die humanitäre Hilfe sowie die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. 15 Millionen Euro sollen zusätzlich für die Sicherheit der deutschen Auslandsvertretungen eingesetzt werden.

Verteidigung: Die Ausgaben sind auf 32,8 Milliarden Euro veranschlagt und fallen damit um 1,3 Prozent niedriger aus als 2013. Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr ist ein weiterer Personalabbau eingeleitet. Die militärischen Beschaffungen vermindern sich um 512,7 Millionen Euro bzw. zehn Prozent.

Wirtschaft und Energie: Der Etat beträgt 7,4 Milliarden Euro und geht auf umfassende Zuständigkeitsübertragungen vor allem im Bereich der Energiewende zurück. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die Ausgaben für die Fachkräftesicherung und die Initiative zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland werden stabilisiert. Die Mittel für Innovationsbeihilfen zugunsten der deutschen Werftindustrie werden aufgestockt. Auf hohem Niveau fortgeführt werden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, sowohl im Bereich des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM), als auch zugunsten der Förderung der deutschen Spitzenforschung in Luft- und Raumfahrt und im Bereich der Verkehrs- und Sicherheitstechnologien.

Arbeit und Soziales: Der größte Einzelplan wächst um 3,1 auf 122,3 Milliarden Euro an. Die passiven Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung steigen gegenüber dem ersten Regierungsentwurf um 1,15

auf 23,4 Milliarden Euro. Bei der Bundesagentur für Arbeit ergibt sich nach dem Haushaltsplan ein geringfügiger Überschuss. Die Rentenpläne der Koalition sehe ich kritisch. Zu der Rente mit 63 ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Ich werde gegen die Rente mit 63 stimmen, wenn auch Zeiten der Arbeitslosigkeit darauf angerechnet werden. Wir können von anderen Staaten nicht glaubhaft die Einhaltung der Maastricht-Kriterien und des Fiskalpaktes einfordern, wenn wir gleichzeitig Frühverrentungsprogramme starten. Es ist genau diese Art von Nikolaus-Politik, die uns erst in die Krise gebracht hat.

Ernährung und Landwirtschaft: Hier sind Ausgaben von 5,3 Milliarden Euro vorgesehen. Schwerpunkt bilden Zuschüsse über 3,6 Milliarden Euro für das eigenständige agrar-soziale Sicherungssystem zur Flankierung des Strukturwandels. Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) stehen Bundesmittel in Höhe von 600 Millionen Euro zur Verfügung. Mit 510 Millionen Euro behält der Bereich Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation seinen hohen Stellenwert.

Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Die Ausgaben wachsen gegenüber 2013 um 1,077 auf 7,959 Milliarden Euro. Ursache ist vor allem die Anpassung des Elterngelds an den gestiegenen Bedarf, ausgelöst durch steigende Einkommen und erhöhte Inanspruchnahme durch Väter. Überdies steht beim Unterhaltsvorschussgesetz eine Bedarfsanpassung an. Die 2013 überplanmäßig bewilligten Zuweisungen an die Conterganstiftung für behinderte Menschen werden verstetigt.

Inneres: Die Ausgaben von 5,77 Milliarden Euro liegen 1,4 Prozent unter dem

Vorjahreswert. Mit 3,8 Milliarden Euro entfällt der größte Anteil auf die Innere Sicherheit. Als Reaktion auf die stetig wachsenden Bedrohungen im IT-Bereich werden zusätzliche Mittel zur Verbesserung der IT-Sicherheit insbesondere von Bundessicherheitsbehörden aufgewendet. Zur Beschleunigung der Asylverfahren auf drei Monate werden 300 neue Stellen ausgebracht.

Verkehr und digitale Infrastruktur: Die Gesamtausgaben des größten Investitionshaushalts des Bundes betragen 22,78 Milliarden Euro. Von den bis 2017 zur Stärkung der Verkehrsinvestitionen zur Verfügung gestellten zusätzlichen 5 Milliarden Euro dienen 1,5 Milliarden Euro der Ausfinanzierung begonnener Vorhaben. Die Investitionen dieses Jahres steigen so auf 12,55 Milliarden Euro.

Justiz und Verbraucherschutz: Zwei Drittel des Haushalts mit einem Ausgabenvolumen von 641 Millionen Euro sind reine Personalkosten. Auf den hinzugekommenen wirtschaftlichen Verbraucherschutz entfallen gut 26 Millionen Euro.

Freundeskreis Berlin-Taipei

Auch in dieser Legislaturperiode bin ich wieder Vorsitzender des Parlamentarischen Freundeskreises Berlin-Taipei. Der Freundeskreis Berlin-Taipei war in der letzten Legislaturperiode mit 56 Mitgliedern (davon 40 CDU/CSU) eine der größten Parlamentariergruppen im Deutschen Bundestag. Derzeit laufen noch die Anmeldefristen für die Mitgliedschaften in den Parlamentariergruppen. Ich kann also zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage über die Stärke des Freundeskreises treffen.

Wie Sie schon am Namen erkennen, ist der Freundeskreis keine Parlamentarier-

gruppe wie jede andere. Denn aufgrund der Ein-China-Politik erkennt Deutschland Taiwan (Republik China) nicht als souveränen Staat an und unterhält deshalb keine vollwertigen diplomatischen Beziehungen zu Taiwan. Aus diesem Grund heißt der Freundeskreis auch nicht deutsch-taiwanische Parlamentariergruppe, sondern ist nach unseren Hauptstädten benannt. Ansonsten hat der Freundeskreis aber die gleichen Rechte wie andere Parlamentariergruppen und wird von der Bundestagsverwaltung betreut.

Die deutsch-taiwanischen Beziehungen konzentrieren sich vor allem auf Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Mitglieder des Freundeskreises übernehmen dabei oftmals Aufgaben, die bei anderen Staaten von Regierungsmitgliedern wahrgenommen werden. Wenn z.B. die First Lady Taiwans Deutschland besucht, wird sie in der Regel von Mitgliedern des Freundeskreises begrüßt. Der politischen Führungsriege Taiwans („Top 7“) wird bedauerlicherweise die Einreise in unser Land verweigert – auch wenn es sich um reine Privatreisen handelt. Taiwan ist eine gefestigte Demokratie, was in der Region leider wahrlich keine Selbstverständlichkeit ist. Viele Kollegen bedauern es daher, dass Taiwan trotz der florierenden gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen politisch „links liegen gelassen wird“. Dennoch konnten wir in der vergangenen Legislaturperiode viel erreichen: Zwischen Deutschland und Taiwan wurden Visafreiheit und ein Doppelbesteuerungsabkommen vereinbart. Aber noch viel Spannenderes steht bevor: Zwischen der Volksrepublik China und Taiwan gibt es mittlerweile wieder Gespräche auf Regierungsebene. Wir erleben gerade ein Zeitalter der Entspannung in der Taiwan-Straße. Seit Ende des Bürgerkrieges hatte

es keine Gespräche auf Ministerebene gegeben.

Taiwan ist ein Leuchtturm der Demokratie für die gesamte Region und wird auch diese Situation meistern. Die Menschen in Taiwan leben in Freiheit. Sie arbeiten hart für Ihren Wohlstand. Die Früchte sind eine stabile Demokratie und eine florierende Wirtschaft. Taiwan ist ein Vorbild. Die Ein-China-Politik setzt uns einen engen Rahmen, der auch von Seiten Taiwans respektiert wird. Wir Mitglieder des Freundeskreises arbeiten daran, dass innerhalb dieses Rahmens Hürden ab- und nicht weitere aufgebaut werden.

Martin Schulz

Martin Schulz, Spitzenkandidat der Sozialisten für die Europawahl, war in den vergangenen zwei Jahren viel bemüht, sich als Parlamentspräsident und damit als Gesicht des Europaparlamentes zu profilieren. Jetzt hoffte er, von seiner Bekanntheit im Europawahlkampf zu profitieren. Doch die Dopplung der Ämter fiel ihm nun auf die Füße.

Schulz steht im Verdacht der unlauteren Amtsvermischung. Ihm wird vorgeworfen, seine Position als Parlamentspräsident zum Zwecke seines eigenen Wahlkampfes zu missbrauchen. Vom Europaparlament wurde er nun kürzlich mit einer breiten fraktionsübergreifenden Mehrheit aufgefordert, die Vorwürfe aufzuklären und sein Amt als Parlamentspräsident niederzulegen.

Damit sind es nun nicht mehr alleine die sich überschlagenden Pressemitteilungen, sondern auch der entsprechende Antrag des Europaparlamentes, die Druck auf Schulz ausüben.

Zahlreiche Vorwürfe reihen sich mittlerweile aneinander: So hat Schulz fünf Mitarbeitern seines Kabinetts lukrative Jobs in der Verwaltung des Europäischen Parlamentes verschafft. Der Antrag des Parlamentes rügte dies jetzt als „politischen Zugriff auf Leitungspositionen und Aushöhung des Beamtenstatus“. Diese Form der Patronage steht damit in krassem Widerspruch zu dem diesbezüglich von der EU stets kritisierten Verhalten anderer Staaten und ist dem Amt eines Parlamentspräsidenten absolut unwürdig.

Darüber hinaus wurde jüngst bekannt, dass ein Mitarbeiter im Informationsbüro des Europaparlamentes in Berlin – somit folglich aus dem EU-Haushalt finanziert – gleichzeitig als Wahlkampfsprecher für Herrn Schulz eingesetzt ist. Dass der Steuerzahler nun auch noch für den Wahlkampf der Sozialisten aufkommt, ist ein ungeheuerlicher Vorgang!

Und als sei dies alles noch nicht hinreichend amtsschädigend, ließ Schulz seinen offiziellen Twitter-Account als Parlamentspräsident mit rund 60.000 Abonnenten über Nacht zu seinem persönlichen Wahlkampf Account umwidmen. Auch hier liegt die unmittelbare Vorteilsannahme auf der Hand.

Zwar verletzen all jene Vorwürfe für sich genommen schon jedes Rechts- und Gerechtigkeitsempfinden, doch sind sie für die diesjährige Europawahl von noch größerer Brisanz: Erstmals kandidieren nämlich die Spitzenkandidaten der Parteien zugleich für das Amt des Kommissionspräsidenten! Im Spiegel dieser Vorwürfe ist Martin Schulz für mich jedoch als Kommissionspräsident ebenso wenig vorstellbar, wie als erster Mann im Parlament.

Wie aus seinen eigenen Reden vielfach hervorgeht, ist er sich der Tatsache volls-

tens bewusst, dass die EU für viele Bürger ohnehin als intransparentes und teils wenig demokratisches Artefakt – als Blackbox – gesehen wird. Daher halte ich es für besonders verantwortungslos, das höchste Amt im Parlament in dieser Form für persönliche Vorteile auszuschlachten und somit Schaden an der Institution billigend in Kauf zu nehmen.

Es liegt auf der Hand: der Spitzenkandidat der Sozialisten muss das Amt des überparteilichen Parlamentspräsidenten klar von seinen Wahlkampfaktivitäten trennen und in der Konsequenz dessen sein Amt niederlegen.

*** **

Im letzten Hauptstadtbrief hatte ich Ihnen von meinen beiden Anträge für den CDU-Europaantrag am 5. April berichtet. Meine beiden Anträge, mit denen ich die Aussetzung des Rotationsprinzips im EZB-Rat und den Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gefordert habe, wurden leider abgelehnt. Unter dem Strich sind wir zwar nicht durchgekommen, es gab aber eine breite Medienberichterstattung. Ich bin mit meinen Forderungen nicht alleine, aber viele Unentschlossene folgen im Zweifel dem Vorschlag der Antragskommission.

Nach vier anstrengenden Sitzungswochen in den fünf vergangenen Wochen steht uns die Osterpause bevor. Ich werde die Zeit für eine mehrtägige Klausurfahrt mit meinem Team und ein paar Tage Urlaub zusammen mit der Familie nutzen.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie schöne Ostertage und möchte Ihnen noch ein kleines Gedicht von Annette von Droste-Hülshoff auf den Weg geben.

Frei von Tod und Banden

Vom Grabe ist der Herr erstanden
und grüßet, die da sein.

Und wir sind frei von Tod und Banden
und von der Sünde Moder rein.

Ich soll mich freun an diesem Tage.

Ich freue mich, mein Jesu Christ.

Und wenn im Aug' ich Tränen trage,
du weißt doch, daß es Freude ist.

Annette von Droste-Hülshoff (1797 - 1848)

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wer in den E-Mail- oder Fax-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, kann dies jederzeit über mein Berliner Büro veranlassen.